54. Jahrgang. № 201. Sonnabend, 23. Juli 1910.

Bezugsgebühr vierteljährl. für Dresden bei täglich zweimaliger Zutragung (an Sonn- und Montagen nur einmal) 2,50 Mk., durch auswärtige Kommissionäre 3,50 Mk. Bei einmaliger Zustellung durch die Post 3 M. (ohne Bestellgeld). Für den Bezirk von Dresden u. Umgebung am Tage vorher ausgestellten Abend-Ausgaben erhalten die auswärtigen Bezieher mit der Morgen-Ausgabe zusammen zugestellt. Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdn. Nachr.") zulässig. — Unverlangte Manuskripte werden nicht aufbewahrt.

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druck und Verlag von Liepsch & Reichardt in Dresden.

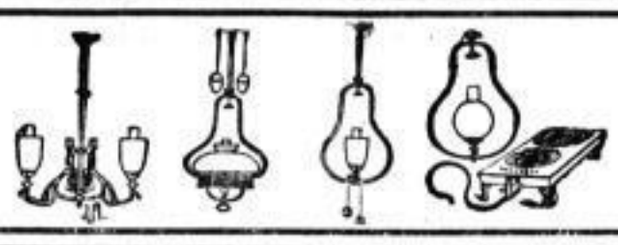
Telegramm-Adresse: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher: 11 • 2096 • 3601.

Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/40.

Anzeigen-Tarif Annahme von Ankündigungen bis nachm. 3 Uhr, Sonntags nur Marienstraße 38 von 11 bis 1/2 1 Uhr. Die einspaltige Grundzeile (ca. 8 Silben) 25 Pf., Familien-Nachrichten aus Dresden 20 Pf.; Geschäfts-Anzeigen auf der Privatseite Zeile 30 Pf.; die zweispaltige Zeile a. Textseite 60 Pf. — An Nummern nach Sonn- u. Feiertagen: die einspaltige Grundzeile 30 Pf., auf Privatseite 40 Pf., Familien-Nachrichten a. Dresden die Grundzeile 25 Pf. — Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung. — Jeder Belegblatt kostet 10 Pf.

**Kontorik-Augengläser** für penible Leute
:: neben Café König **Bohr** Waisenhausstr. 15 ::

**Kretzschmar, Bösenberg & Co.**
Königl. Sächs. Hoflieferanten
Kronleuchter-Fabrik Serrestrasse No. 5/7.



**Komplette Ausstattung**
einer Wohnung mit Beleuchtungs-Körpern für Gasglühlicht Mk. 80,—.

**Radium-Bäder** im Hause, zur Vor- u. Nachkur bez. Verstärkung der natürlich. Kurbäder, bereitet man sich durch einfach. Auflösen v. 2—4 **„Radium-Keil-Pastillen"** m. Reichsprüfungsschein (etwa 100000 Volt Einh. Radioaktivität). Klinisch erprobt bei Neuralgien (Ischias), Rheumatismus, Gicht, Exsudaten, Schmerzen der Tabes. Tube für 2 bez. 4 Bäder ausreichend Mk. 4,—. Prospekte gratis. **Radium-Gesellschaft, Dresden-A. 3. Hauptdepot: Löwen-Apotheke DRESDEN, Altmarkt.**

## Für eilige Leser.

Voraussichtliche Witterung: Warm, Gewitterneigung.

Das Ministerium des Innern hat die auf den sogenannten Kaufhallen am Antonsplatz zu Dresden ruhenden Vererbungsbedingungen aufgehoben.

Der Frieden im Dresdner Braugewerbe ist wiederhergestellt worden.

Die letzte Bauarbeiter-Generalaussperrung im Reiche hat den beiden Parteien über 2 000 000 Mark gekostet.

In Altrauxstädt bei Hamburg ist gestern ein Grabdenkmal für Detlev v. Liliencron enthüllt worden.

Belgien feierte gestern das Nationalfest zur Erinnerung an seine Befreiung.

Der Streik auf den nordenglischen Bahnen umfaßt gegenwärtig 36 000 Ausständige.

Das türkische Ministerium hat die Ausdehnung des Belagerungszustandes auf sämtliche europäische Provinzen der Türkei beschlossen.

Die Vereinigten Staaten sandten ein Kanonenboot nach Honduras, weil dort mehrere Amerikaner als Revolutionäre verhaftet wurden.

## Die christlich-soziale Partei Wiens

befindet sich augenblicklich in einem Zustande der Gärung, der tief in die Reihen der Gesamtpartei hineingreift und Wirkungen von einstweilen noch nicht absehbarer Tragweite zu zeitigen droht. Da das innerpolitische Leben Oesterreichs durch den Zerfall oder auch nur durch eine wesentliche Schwächung der bisher so einflußreichen christlichsozialen Organisation nicht unerheblich beeinflußt werden würde, so ist der weitere Verlauf der jetzt in Fluß gerateten Entwicklung auch über die schwarz-gelben Grenzpfähle hinaus von Interesse, ganz abgesehen davon, daß das fernere Schicksal der Schöpfung Luegers nach dessen Tode schon an sich die allgemeine Aufmerksamkeit zu fesseln geeignet erscheint.

Wie man auch sonst über den verstorbenen Wiener Oberbürgermeister, dessen bedeutsame persönliche Eigenschaften selbst sein größter Feind nicht abzuleugnen vermöchte, als Politiker urteilen mag, wie verschiedenartig die Wertschätzung ist, die er zu Lebzeiten bei Freunden und Gegnern gefunden hat, das Eine kann ihm jedenfalls auch die schärfste Kritik seiner politischen Wirksamkeit nicht abstreiten, daß er es meisterhaft verstanden hat, die Seinigen im Zaume zu halten und wenigstens nach außen hin den Schein der völligen Geschlossenheit der Partei zu wahren. Die Sorge um den einheitlichen Bestand des von ihm geschaffenen Gebildes hat Lueger auch bis zu der letzten Stunde seines Daseins nicht verlassen, und noch kurz, bevor ihm das Bewußtsein schwand, rief er seinen intimen Getreuen, die um sein Sterbelager versammelt standen, die Mahnung zu: „Haltet mir die Partei beieinander!" Diese letzten Worte Dr. Luegers erhalten durch die unmittelbar nach seinem Tode ausgebrochenen häuslichen Streitigkeiten in der Partei ein besonderes Relief, aus dem hervorgeht, daß sie nicht bloß im Sinne eines allgemein gehaltenen politischen Vermächtnisses aufzufassen waren, sondern daß Dr. Lueger die Keime zu den jetzigen Konflikten bereits kannte und das Aufsprießen einer verhängnisvollen Saat davon befürchtete. Kaum hatte Lueger seine Ruhe im Schoße der Erde gefunden, so brach schon der erste Zwiespalt wegen seiner Nachfolgerschaft aus. Nach dem Willen des verstorbenen Wiener Oberbürgermeisters sollte den Sitz auf dem Bürgermeisterstuhl der Kaiserstadt an der Donau, in den der Lebensnerv der christlichsozialen Partei überhaupt mündet, der Handelsminister Dr. Weißkirchner einnehmen, da dieser dem gewiegten Menschenkenner Lueger die beste Gewähr dafür zu bieten schien, daß er dieselbe eiserne Zuchtrute im Punkte der Parteidisziplin schwingen, die verschiedenen widerstrebenden Richtungen niederhalten und den fortgeschrittenen notwendigen Ausgleich zwischen den vorhandenen Gegensätzen kleinbäuerlichen, kleingewerblichen, deutschnationalen und feudalklerikalen Einschlages herbeiführen werde. Herrn Dr. Weißkirchners Sinn war aber gerade um die kritische Zeit auf Höheres gerichtet, da er in absehbarer Zeit Ministerpräsident zu werden hoffte, und so ließ er denn „einstweilen" den Wiener Bürgermeistersitz fahren, um erst nach einer zweijährigen Bedenkfrist, innerhalb deren die Entscheidung über seine weitergehende Anwartschaft fallen sollte, auf diesen zweitklassigen Rettungsanker seines Ehrgeizes zurückzugreifen. Flugs drängte sich an seine Stelle der ehemalige Arbeitsminister Geßmann vor, den aber die Wiener wegen seiner klerikalen Anrüchigkeit nicht haben wollten, und so fiel denn die Wahl schließlich auf den ersten Vizebürgermeister Neumayer, der wenigstens in klerikaler Hinsicht unverdächtig ist und auch den deutschnationalen Elementen noch am nächsten steht, sonst aber der hervorragenden Eigenschaften eines zielbewußten Parteiführers ermangelt und schon seines hohen Alters wegen keine zugkräftige Größe mehr ist. Seine parteipolitische Ungeschicklichkeit bewies er gleich nach der Uebernahme seines neuen Amtes dadurch, daß er für die Lebensmittelteuerung die Landwirtschaft verantwortlich machen wollte, was ihm einen geharnischten Protest von seiten des niederösterreichischen Bauerntages zuzog, wogegen wieder Dr. Weißkirchner auf die Seite Neumayers trat. Zeigte sich hier zum ersten Male deutlich ein Gegensatz zwischen Stadt und Land in der christlichsozialen Partei, so revoltierten gleichzeitig die Wiener Kleingewerbetreibenden, die das eigentliche Rückgrat der Partei in der Reichshauptstadt bilden, gegen ihre bisher bedingungslos anerkannte Oberleitung, indem sie bei den letzten Gemeinderatswahlen mehrfach Gegenkandidaten gegen die vom Parteivorstande aufgestellten Bewerber auf den Schild erhoben.

Noch weit schlimmer als diese politischen Zänkereien sind für das einheitliche Gefüge und das Ansehen der Partei die Enthüllungen, die der Stadtrat Hraba, ein persönlicher Vertrauter Luegers, über zweifelhafte Geldaffären und sonstige unter die Rubrik „Partei-Mißwirtschaft" fallende Aktionen zweier führender christlichsozialer Größen namens Axmann und Bielohlawek gemacht hat. Besonders pikant ist dabei der Umstand, daß Hraba seine Anschuldigungen mit zahlreichen höchst gravierenden Aeußerungen Luegers selbst spickte, die beweisen, daß der verstorbene Bürgermeister seine Pappenheimer genau kannte und wohl nur durch die mit seiner Krankheit verbundene Schwäche verhindert wurde, seinerseits gegen die Schuldigen vorzugehen. Der gerichtliche Austrag dieser Anschuldigungen ist durch einen lahmen Widerruf Hrabas verhindert worden, der nach dessen Behauptung dadurch zustande gekommen sein soll, daß ihm die Wiedereinsetzung in alle seine Parteiämter versprochen wurde; diese Zusage sei aber nachher nicht erfüllt worden. Inzwischen ist der am meisten kompromittierte Axmann aus der Partei ausgeschieden und hat seine Mandate niedergelegt. Das endgültige Urteil in der Sache wird eine zweifache Untersuchungskommission zu sprechen haben, die sowohl vom Wiener Gemeinderat wie vom Niederösterreichischen Landtagsausschusse der Partei gebildet worden ist.

Auf die Mühlen der liberal-fortschrittlichen Gegner der Christlichsozialen haben natürlich alle diese Vorkommnisse Wasser geschüttet, und es ist eine lebhafte Bewegung im Gange, um die bisher unangreifbare Stellung der Partei im Wiener Rathause zu erschüttern. Daß die Christlichsozialen sich energisch im Besitze zu behaupten suchen, kann ihnen natürlich kein Einsichtiger verdenken; wenn sie aber dabei zu dem terroristischen Mittel der planmäßigen Sprengung gegnerischer Versammlungen schreiten, so muß ein solches Verhalten unvermeidlich ihre Position noch weiter verschlechtern und sie vor der Oeffentlichkeit ins Unrecht setzen. Die liberale Agitation beutet namentlich die Enthüllungen Hrabas nach der Richtung aus, daß die Christlichsozialen früher gegen die Liberalen mit Vorliebe das Schlagwort der „Verwaltungsratspartei" gebraucht hätten, um den Liberalismus als Schleppenträger des Großkapitalismus aus der Gunst der Massen herauszudrängen, während jetzt die christlichsozialen Führer ganz ungeniert das ehemals so scharf getadelte Verfahren ausübten und aus ihrer Tätigkeit als Verwaltungsräte in Erwerbsunternehmungen hohe Einkünfte bezögen.

Wie das Ringen zwischen Fortschritt und christlichem Sozialismus in Wien ausgehen wird, darüber läßt sich bei der Eigenart der dortigen Kommunalverhältnisse heute schlechterdings noch keine Vermutung anstellen. Dagegen gestattet die Krise, in der sich die christlichsoziale Partei befindet, schon jetzt einen zuverlässigen Rückschluß auf ihre künftige Bedeutung als deutschnationaler Faktor. Es kann nämlich keinem Zweifel unterliegen, daß die pupillarische Sicherheit der Christlichsozialen in deutschnationaler Hinsicht, die schon zu Luegers Zeiten von den eigentlichen deutschen Parteien sehr gering eingeschätzt wurde, bis auf den Nullpunkt sinken wird, wenn die gegenwärtige Zerfahrenheit in der Partei andauert und Zustände vorbereiten hilft, die in letzter Linie nur der Verstärkung des klerikalen Einflusses zugute kommen werden, weil dessen Träger in der Partei das größte Zielbewußtsein besitzen. Es spielen dabei weitreichende und hochmögende Hände im Wiener Herrenhause mit, die mit Hilfe der Christlichsozialen den konservativen Gedanken nicht in gemäßigter Form, sondern auf feudal-klerikaler Grundlage fördern wollen und zur Erreichung dieses Zweckes auch den tschechisch-slawischen Wünschen entgegenzukommen bereit sind, wenn ihnen dafür von dieser Seite ein ausreichender parlamentarischer Rückhalt gewährt wird. In dieser Beleuchtung ist das Eintreten der christlichsozialen Partei des Abgeordnetenhauses für eine Geschäftsordnungsreform, die zu einer Auslieferung der Deutschen als rechtlose Minderheit an die slawische Mehrheit führen müßte, höchst bezeichnend. Auch das Verhalten Dr. Weißkirchners, der die tschechischen Elbumschlagplätze zum Zwecke der persönlichen Ueberzeugung von notwendigen Verbesserungen bereitwilligst besichtigt, ein gleiches Entgegenkommen aber gegenüber den deutschen Interessenten in Tetschen-Bodenbach abgelehnt hat, kann nur dazu dienen, den Eindruck zu verstärken, daß die Christlichsozialen gegenwärtig nicht einmal mehr auf die Wahrung des äußeren Scheins gegenüber dem Deutschtum Wert legen. Zur Klärung der Lage des gesamten Deutschtums in Oesterreich kann es jedenfalls nur beitragen, wenn die gegenwärtigen Führer der christlichsozialen Partei offen zeigen, wes Geistes Kinder sie eigentlich sind, und wie viel oder wie wenig die deutschen Interessen an Schutz und Förderung von ihnen zu gewärtigen haben.

Gegründet 1803. Internationales Speditionsbureau **Egermann & Co.** Spezialabteilung für Grenzverzollung nach Oesterreich
Bodenbach Tetschen Laube

## Neueste Drahtmeldungen

vom 22. Juli.

### Die nächsten Reichstagswahlen.

Berlin. (Priv.-Tel.) Die Frage, wann die nächsten Reichstagswahlen stattfinden werden, ist zurzeit noch offen. „Wollte man," schreibt die „Deutsche Tagesztg.", „den Reichstag eines natürlichen Todes sterben lassen, so müßten die Wahlen an demselben Tage stattfinden, an dem sie im Jahre 1907 erfolgten, also im Januar 1912. Das würde jedoch unzweckmäßig sein, weil der Reichstag erst dann im Februar zusammentreten und den Etat nicht rechtzeitig erledigen könnte. Deshalb wird man sich wohl entschließen, die Reichstagswahlen etwas eher stattfinden zu lassen. In diesem Falle muß allerdings der jetzige Reichstag aufgelöst werden. Das ist aber lediglich eine Formsache. Es scheint uns am zweckmäßigsten und am besten, die Wahlen etwa im Frühwinter 1911 stattfinden zu lassen, so daß der neue Reichstag kurz vor oder nach Weihnachten zusammentreten kann."

### Abgeordneter Freiherr von Richthofen.

Berlin. (Priv.-Tel.) Die „Kons. Korresp." schreibt: Ein Berliner demokratisches Mittagsblatt verbreitete in Gemeinschaft mit der „Tägl. Rundsch." auf Grund von Angaben einer Zeitungskorrespondenz die Meldung, gegen den konservativen Landtagsabgeordneten Freiherrn v. Richthofen schwebe bei der Staatsanwaltschaft zu Liegnitz ein Strafverfahren wegen angeblich großer Steuerhinterziehung im Betrage bis zu 300 000 Mark. Wie sofort durch Information bei der bezeichneten Staatsanwaltschaft und bei der zuständigen Einkommensteuer-Veranlagungskommission des Landkreises Liegnitz festgestellt worden ist, ist diese Behauptung von Anfang bis Ende unwahr. Es handelt sich anscheinend um Verleumdung seitens eines vom Freiherrn v. Richthofen entlassenen Wirtschaftsbeamten, gegen den bei der Staatsanwaltschaft in Liegnitz die Untersuchung wegen Untreue und Unterschlagung schwebt. Freiherr v. Richthofen wird gegen alle diejenigen Blätter, die die oben erwähnte unwahre und verleumderische Mitteilung veröffentlichten, unverzüglich Strafanzeige erstatten. Auch alle die Mitteilungen, die Freiherrn v. Richthofen mit den Prozessen gegen die geschiedenen Graf v. Pfeilschen Eheleute in Verbindung bringen, sind in tendenziöser Weise entstellt und erlogen. Freiherr v. Richthofen ist lediglich vom Vormundschaftsgericht von Amts wegen zum Pfleger der Pfeilschen Kinder für die Dauer des noch nicht beendeten Erziehungsstreits bestellt. Weder der geschiedene Graf, noch die geschiedene Gräfin Pfeil gehen ihm persönlich etwas an.

### Grafschaft Glatz und Erzbistum Prag.

Berlin. (Priv.-Tel.) Die „Kreuz-Ztg." schreibt anläßlich der Veröffentlichung der Borromäus-Enzyklika: In Oesterreich ist aufs neue die Forderung nach Loslösung der Grafschaft Glatz vom Erzbistum Prag erhoben worden. Beiläufig bemerkt, steht ein Teil des Kreises Ratibor unter dem Bistum Olmütz; anderseits gehört ganz Oesterreichisch-Schlesien zu dem